Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Austrittsschreiben Steve Hudson
2. Die Corona-Politik der Bundesregierung muss von links kritisiert werden
3. Psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in der Corona-Krise
4. Die zweite “Corona-Welle” kommt angeblich – aber wo sind die Kranken?
5. Warnung vor russischem Corona-Impfstoff
6. Ausgeklatscht? Bremens Pflegekräfte fühlen sich längst vergessen
7. Kommentar: Wenn der Konzertveranstalter der bessere Politiker ist
8. Ein soziales Europa braucht Mindeststandards
9. Termin-Stau in vielen Gerichten
10. Landwirtschaft: Bauern sollten nicht für Spekulanten ackern müssen
11. Westliche Lieblinge des Tages: Hongkong-»Demokraten«
12. Keiner schaut nach Afrika
13. Kolonialzeit-Entschädigung Namibia lehnt deutsches Angebot ab
14. Minister fliegt von Hamburg nach Sylt: Flugschamloser Scheuer
15. Zu guter Letzt: Söder sagt Auslandsreise ins Wattenmeer ab

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Austrittsschreiben Steve Hudson**
   Quelle: Steve Hudson via Facebook

   dazu: Olaf Scholz ist unser Kanzlerkandidat!
   Quelle: SPD via YouTube

   Anmerkung Jens Berger: *Dazu fällt mir nur noch ein Gedicht von Erich Kästner ein …*

Was immer auch geschieht,
nie sollt ihr so tief sinken,
von dem Kakao, durch den man euch zieht,
auch noch zu trinken!

2. **Die Corona-Politik der Bundesregierung muss von links kritisiert werden**
„Bürgerrechte, Menschenrechte, Sozialstaat: Wenn einer dieser drei Pfeiler ins Wanken gerät, stürzen auch die anderen ein“, schreibt der italienische Schriftsteller Roberto Saviano. Es ist ein Satz, der sich wie eine Zeitdiagnose liest. Er legt den Finger auf den Sozialstaat, der unter den neoliberalen Spardiktaten brüchig geworden ist. Er prangert die Menschenrechte an, die gemeinsam mit von Grenzschutzpatroullien zerschossenen Schlauchbooten im Mittelmeer untergegangen sind. Und er mahnt den leichtfertigen Abbau der Bürgerrechte unter dem Eindruck der Pandemie an. (…)
„Die Ideologie des Faschismus“, schreibt der Philosoph Umberto Eco, ist „eine Collage aus verschiedenen politischen Ideen, ein Bienenkorb voller Widersprüche“. Ganz so also wie bei den Corona-Protesten, auf denen sich – bisher harmlose – Impfgegner und politisch Entwurzelte neben Reichsbürgern, Preppern, Pegida-Anhängern und Neofaschisten wiederfinden.
Gemeinsam wehren sich die Protestierenden gegen die Maskenpflicht und die Einschränkung der Grundrechte, gegen die Belastungen während des Lockdowns und die wachsende Existenzangst. Die extreme Rechte bemüht sich darum, der gesellschaftlichen Frustration eine Richtung zu geben. 20.000 Demonstranten sind ein besorgniserregender Seismograph für die Tiefe, die die aktuelle gesellschaftliche Krisensituation inzwischen erreicht hat. Eine Krisensituation, in der das Misstrauen gegenüber wirtschaftlichen und politischen Eliten größer ist als das Bedürfnis, sich nach rechts abzugrenzen. DIE LINKE muss sich fragen, warum sie es nicht schafft, sich in einer Situation, in der ihre Kernthemen nach oben gespült werden, ausreichend Gehör zu verschaffen. (…)
Die Vision einer freien und solidarischen Gesellschaft war immer das Markenzeichen der Linken. Deshalb braucht das Handeln der Bundesregierung Opposition von links, auch damit sich die extreme Rechte nicht weiter als Motor für gesellschaftliche Veränderung tarnen kann. Dabei muss sich die Kritik an den Verhältnissen mit der Vision von einer lebenswerten Gesellschaft, in der soziale Sicherheiten, Menschenrechte und Bürgerrechte gleichsam eine Rolle spielen, verbinden. Die Linke muss einen Kampf um Kräfteverhältnisse führen und um die Frage, wie wir den Weg aus einer Gesellschaft herausfinden, die Schwächere bedenkenlos zurücklässt – und

wie wir hineinfinden in eine Gesellschaft echter sozialer Gerechtigkeit und gegenseitiger Solidarität.
Quelle: Die Freiheitsliebe

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch Die LINKE im politischen Lockdown und Katja Kipping: Demogänger sind "rücksichtslose Menschen".*

Im Zusammenhang mit der "Schweinegrippe" war die Position der Partei Die Linke anders, durchaus kritischer – z.B. hier. Es wäre bedauerlich, wenn die Vertreterschaft dieser Partei nichts oder zu wenig aus dem Umgang mit der letzten Pandemie gelernt haben sollte.

3. **Psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in der Corona-Krise**
   Auf Basis der Daten des Austrian Corona Panel Projects (ACPP) untersucht dieser Beitrag die Erwerbsverläufe und das psychische Wohlbefinden in Österreich seit Ende Februar. Personen, die in der Krise ihren Job verloren haben, weisen ein niedrigeres psychisches Wohlbefinden auf als jene Personen, die weiterhin ihrer Arbeit nachgehen konnten. Für diejenigen, die in Kurzarbeit gehen mussten, hatte die Krise keinen signifikanten negativen Einfluss auf ihr psychisches Wohlbefinden. Die Kurzarbeit konnte damit möglicherweise nicht nur Krisenauswirkungen in Bezug auf die Einkommens- und Berufssituation lindern, sondern wirkte auch hinsichtlich des psychischen Wohlbefindens stabilisierend. Menschen, die in der Krise ihren Job verloren haben, weisen ein niedrigeres psychisches Wohlbefinden auf als jene Menschen, die in Kurzarbeit waren. Für diejenigen, die schon vor der Krise arbeitslos waren, hat die Krise das psychische Befinden nochmals verschlechtert.
   Quelle: A&W blog
4. **Die zweite "Corona-Welle" kommt angeblich – aber wo sind die Kranken?**
   Die Regierung und das Robert Koch-Institut warnen vor einer zweiten "Corona-Welle". Die Zahl der Infizierten wachse. Tatsächlich wächst offenbar nur die Zahl der positiv Getesteten, nicht die der wirklich Erkrankten, die auch Symptome aufweisen und behandelt werden müssen.
   Am Montag warnte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, dem Ambitionen auf das Kanzleramt nachgesagt werden, vor einem "wachsenden Infektionsrisiko" durch das Coronavirus. Nach einer außerplanmäßigen Video-Kabinettssitzung erklärte Söder: "Corona wird jeden Tag gefährlicher."
   Bundesgesundheitsminister Jens Spahn schrieb am Dienstag auf Twitter:
   20 Millionen Infizierte weltweit und steigende Zahlen in Deutschland sind eine deutliche Warnung: Wir dürfen im Alltag nicht sorglos werden – auch wenn unser Gesundheitssystem die Lage aktuell bewältigen kann. Das Virus nutzt jede Chance.

Passen wir weiter gut aufeinander auf.
Diese Aussagen fügen sich in zahlreiche gleichlautende oder ähnliche Feststellungen von Politikern, nach denen die sogenannte “zweite Welle” schon da sei oder bevorstehe. Diese von den Mainstreammedien intensiv verbreiteten Meldungen stützen sich auf die Zahlen des Robert Koch-Institutes (RKI). (…)
Die alarmierenden Meldungen lassen allerdings regelmäßig mehrere bedeutende Umstände außer Acht. Zum einen wurde und wird der Anstieg wenigstens zum Teil durch das stetige Hochfahren der Tests bedingt. Diese Testzahlen lassen sich den Lageberichten entnehmen, die das RKI mittwochs veröffentlicht.
Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass diese PCR-Tests ganz grundsätzliche Fragen aufwerfen und der Anteil der positiv Getesteten – um die ein Prozent – seit Monaten innerhalb der Fehlermarge der Tests liegt. Anders gesagt, allein durch das Durchführen von mehr Tests lässt sich die Zahl der angeblich “Infizierten” beinahe nach Belieben erhöhen.
Zum anderen nimmt die Zahl der “Fälle” ab, die tatsächlich Symptome der Erkrankung COVID-19 aufzeigen. Dazu ist zu sagen, dass das RKI nicht nur grundsätzlich jeden positiv auf das Virus SARS-CoV2 Getesteten als “Infizierten” bezeichnet. Das ist wissenschaftlich mindestens fragwürdig.
Das RKI bezeichnet auch jeden dieser angeblich “Infizierten” als COVID-19-Fall, also als tatsächlich Erkrankten. Die Journalistin Susan Bonath, die auch für RT Deutsch schreibt, fragte das Robert Koch-Institut Ende Juli, warum es alle erstmalig positiv Getesteten als COVID-19-Fälle verbuche. Die Antwort lautete:
Das entspricht dem international üblichen Vorgehen und den Vorgaben der Meldepflicht in Deutschland.
Die täglichen Lageberichte des RKI liefern aber auch Hinweise auf die tatsächliche Verbreitung von COVID-19. Gegen Ende wird täglich die Zahl der intensivmedizinisch betreuten COVID-19-Patienten genannt. Dies waren am Dienstag bundesweit 234 Patienten. Am 1. Juli lag diese Zahl bei 329, am 1. Juni bei 677, am 1. Mai bei 2.189. (…)
Dennoch zeigen die Zahlen des RKI eine Tendenz. Am 11. August verzeichnete der Lagebericht vier Tote, am 10. August einen, am 9. August einen, am 8. August zwölf, am 7. August acht, am 6. August sieben, am 5. August zwölf. Ganz ähnlich sahen die Zahlen vor einem Monat aus. Im Mai und vor allem im April waren die Zahlen deutlich höher und oft deutlich dreistellig. Auch hier ist von einer “zweiten Welle” nichts zu sehen. Nur zur Einordnung: Täglich sterben in Deutschland insgesamt etwa 2.700 Menschen.
Quelle: RT Deutsch

Anmerkung Christian Reimann: *Offenbar vergessen (oder was sonst?) hat insbesondere der Bundesgesundheitsminister seine Erkenntnis: Spahn – Durch zu viele Tests mehr falsch-positive Fälle als Echte. Dienen die gesteigerten Testzahlen und das Warnen vor einer "zweiten Welle" dem gesundheitlichen Wohl der Bevölkerung? Durch mehr Tests könnten auch Daten von mehr Patientinnen und Patienten gesammelt werden. Wenn ein Pharmalobbyist Gesundheitsminister geworden ist, dürfte das sogar nahe liegen. Bitte sehen Sie dazu auch Narrative #12: Goldgräberstimmung – Globale Konzerne freuen sich über mehr Daten.*

5. **Warnung vor russischem Corona-Impfstoff**
   Es fehlen die Daten, es fehlt die Transparenz: Der Präsident des Paul-Ehrlich-Institus, Cichutek, hat in den tagesthemen die russische Zulassung eines Corona-Impfstoffs kritisiert. Auch international sind Experten und Regierungen skeptisch.
   Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI), das in Deutschland für die Zulassung von Impfstoffen zuständig ist, hält die Anwendung des in Russland zugelassenen Corona-Impfstoffs für ein Risiko. PEI-Präsident Klaus Cichutek sagte in den tagesthemen, die russische Impfstoffentwicklung habe Mängel. "Man muss statistisch signifikante Sicherheits- und Wirksamkeitsdaten erheben. Das scheint bei diesem Impfstoff nicht erfolgt zu sein."
   Cichutek bezieht sich damit auf den Umstand, dass die russische Zulassung vor dem Abschluss der dritten Testphase des Impfstoffs erfolgt war. Diese dauert normalerweise mehrere Monate und umfasst mehrere Tausend Versuchspersonen.
   Quelle: tagesschau.de

   Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch die Anmerkung von Jens Berger unter dem Hinweis Russland lässt ersten Corona-Impfstoff zu – und erntet Kritik. Zu erfahren ist, dass der russische Impfstoff nicht zugelassen, sondern registriert und für die dritte Phase freigegeben worden ist.*

   Es könnte auch die Frage gestellt werden, ob dieses "Tagesthemen"-Interview ein weiteres Indiz für die Methode der Manipulation: Was nicht passt verschweigen, was in den Kram (=Strategie) passt propagieren ist.

   Die Kritik an Russland scheint erwünscht. Kaum dagegen zur Sprache gekommen ist, dass das Paul-Ehrlich-Institut die deutsche Impfstoff-Entwicklung mit mRNA gegen Covid-19 verkürzt hat. Vermutlich wissend, dass so mögliche Risiken wie z.B. Krebsentstehung nicht erforscht werden können. Bitte lesen Sie dazu auch Covid-19-Impfstoffentwicklung – eine Debatte ist dringend nötig, findet aber nicht statt oder hören Sie z.B. Prof. Sucharit Bhakdi – … man weiß nicht, in welche Zellen die mRNA

gelangt! – Teil 3 und *Erstmals verändert eine Impfung das Genom*.

dazu: Faktencheck zur Medienberichterstattung: Hat Russland tatsächlich Corona-Impfstoff "zugelassen"?
Der Aufschrei im deutschen Mainstream war groß: "Der Impfstoff-Murks aus Moskau" titelte die FAZ, "Hochriskantes Experiment" die ARD. Das ZDF-heute-journal bringt sogar ein Video, in dem Putin angeblich erklärt, der erste Corona-Impfstoff sei in Russland "zugelassen". Doch stimmt das?
Quelle: RT deutsch

6. **Ausgeklatscht? Bremens Pflegekräfte fühlen sich längst vergessen**
Anfangs waren sie die Helden der Stunde. Als die Pandemie Deutschland erreichte und die Angst vor dem Ungewissen groß war, lobte man das Personal in den Krankenhäusern. Aus offenen Fenstern und von den Balkonen wurde es beklatscht. Politiker aller Couleur forderten eine Aufwertung der Pflegeberufe. Auch von einer finanziellen Anerkennung für Pflegekräfte war lange die Rede. Doch für manche ist es bislang bei der Dankbarkeit geblieben. Und die Enttäuschung sitzt tief.
So wie bei Hana B. und Jaqueline R. Sie arbeiten beide als Pflegefachkräfte in einem Bremer Krankenhaus. Ihre vollen Namen und den ihres Arbeitgebers möchten sie nicht in der Presse lesen, sie sind aber der Redaktion bekannt. Wenn sie reden, schwingt in ihren Stimmen die Enttäuschung mit. "Man fühlt sich veräppelt", sagt Hana.
Man wird anfangs gehypt und dann auf den Boden geschmissen. So fühlt man sich. Wie ein Kaugummi.
Hana B., Pflegefachkraft
Als Krankenpflegerinnen haben sie bislang keinen Bonus bekommen, Prämien oder ähnliche finanzielle Anerkennungen ebenso wenig. Sie machen aber nicht ihrem Arbeitgeber Vorwürfe, das betonen sie mehrfach. Enttäuscht sind sie eigentlich von der Politik, auf Bundes- sowie Landesebene. "Es wurde anfangs immer diskutiert und diskutiert und es hieß, dieser Bonus würde dann kommen. Und kurz danach erfährt man: 'Nee, doch nicht'", erläutert Jaqueline.
Quelle: buten un binnen

Anmerkung Christian Reimann: *Die beschriebene Situation und die Unzufriedenheit der Pflegekräfte dürfte nicht nur in Bremen, sondern bundesweit so sein.*

7. **Kommentar: Wenn der Konzertveranstalter der bessere Politiker ist**
Konzertveranstalter Marek Lieberberg hat in Düsseldorf ein Konzert mit 13.000

Zuschauern genehmigt bekommen. Die große Politik schäumt und reagiert entlarvend. Das Konzert ist ein politischer Sieg eines Konzertveranstalters über die große Politik. Marek Lieberberg heißt der Mann, einer der besten seiner Zunft, und von der Corona-Pandemie als Unternehmer ist er natürlich schwer getroffen. Er hatte die Idee und die Kontakte in einem Stadion mit der Kapazität von über 50.000 ein großes Konzert über die Bühne zu bringen. 13.000 sollten reindürfen. Die üblichen Corona-Hygieneregeln stehen laut Planung über allem. […]
Die zuständigen Ämter der Stadt Düsseldorf haben das Konzept genehmigt. Das lag nicht daran, dass man im Rathaus die Idee mit dem Konzert gut fand und sicher froh ist, dass mal wieder Leben und Geld in die städtische Arena kommt. Nein, es wurde genehmigt, weil das Konzert schlicht die geltenden Regel beachtet hat.
Die stehen in der Coronaschutzverordnung des Landes. Und ein kleiner Blick in diese hätte gereicht, um zu sehen, dass alles passt. Es handelt sich nicht um ein Festival (verboten), sondern um ein Konzert. Die kennen keine Obergrenzen für Zuschauer, nur tragfähige Hygienekonzepte.
Erstaunlich also, dass NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) unmittelbar nach Bekanntgabe des Konzerts die rechtliche Grundlage anzweifelt. Dabei stammt sie doch aus seinem Haus, er müsste sie also kennen und sich vor so einem schnell daher gesagten Satz hüten.
Das Gleiche gilt für den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU), der sich erwartbar defensiv zu dem Konzert äußert, selbstredend jenseits seiner politischen Kompetenzen. Er erbittet eine Absage und erzählt dann noch was von Alkohol und den daraus entstehenden Problemen. Dabei gibt es bei der Veranstaltung keine alkoholischen Getränke.
Quelle: WDR

8. **Ein soziales Europa braucht Mindeststandards**
   Ein soziales Europa braucht Mindeststandards (PDF, 1 MB)
   Am 01. Juli hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Die Bundesregierung steht vor großen Herausforderungen, um die EU wieder aus der Krise zu führen. Mit einem Anstieg von 6,7 Prozent auf 9 Prozent sind die gesamteuropäischen Arbeitslosenzahlen alarmierend. Diese werden mit einem Anstieg von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa einhergehen, sofern nicht gegengesteuert wird.
   Quelle: DGB
9. **Termin-Stau in vielen Gerichten**
   Viele deutsche Gerichte rechnen aufgrund der Corona-Pandemie mit einem mehrmonatigen Termin-Stau.
   „Es dürfte noch bis zum Jahresende dauern, ehe alle verschobenen Termine parallel zu

den laufenden Eingängen abgearbeitet sind“, sagte DRB-Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn der Funke Mediengruppe. „Längst nicht überall gibt es in ausreichender Zahl Gerichtssäle, die groß genug für die geltenden Abstandsregeln sind. Hinzu kommt, dass auch viele Anwälte jetzt stark ausgelastet sind, was eine zügige Terminierung von Verfahren zusätzlich erschwert.“
Das Tempo der Aufarbeitung hängt auch davon ob, wie viele neue Akten in den nächsten Wochen und Monaten auf Gerichte und Staatsanwaltschaften zukommen. Es spricht viel dafür, dass die zahlreichen Streitfragen anlässlich der Corona-Krise zunehmend die Gerichte beschäftigen werden. Das betrifft die Verfassungs- und Verwaltungsgerichte, die zu beurteilen haben, ob Grundrechtseingriffe aus Gründen des Infektionsschutzes verhältnismäßig waren und sind. Auf die Arbeitsgerichte dürften zahlreiche Kündigungsschutz- und Zahlungsprozesse zukommen, während bei den Zivilgerichten zusätzliche Klagen wegen der wirtschaftlichen Folgen von Corona-Auflagen zu erwarten sind. Die Strafjustiz muss unter anderem Betrugsverdachtsfällen bei Corona-Soforthilfen nachgehen.
Quelle: Deutscher Richterbund

10. **Landwirtschaft: Bauern sollten nicht für Spekulanten ackern müssen**
Investoren greifen zunehmend nach Agrarland, wie jetzt Aldi in Ostdeutschland. Sie verdienen damit viel Geld, doch der bäuerlichen Landwirtschaft schadet das immens. Die Politik sollte endlich eingreifen.
Einen Aldi gibt es nicht im thüringischen Dröbischau und nicht in Aschara. In Grumbach ebenso wenig. Auch nicht im sachsen-anhaltischen Kayna. Aber das Land rundherum, das gehört neuerdings zum Aldi-Imperium, genauer: zur Lukas-Stiftung des Aldi-Nord-Eigentümers Theo Albrecht junior. Über weitere 6000 Hektar thüringischen Bodens verfügt die Stiftung dort nun; und pikanterweise hat sie die erworben von einem ehemaligen Bauernpräsidenten im Freistaat. Es ist nur der jüngste Fall einer unseligen Entwicklung, die vor gut zehn Jahren ihren Lauf nahm: Investoren greifen nach Bauernland.
Quelle: Süddeutsche

11. **Westliche Lieblinge des Tages: Hongkong-»Demokraten«**
Mit dem »demokratischen Protest« in Hongkong ist es so eine Sache. Der bekannte Aktivist Kong Tsung-gan, seit den »Regenschirm«-Unruhen 2015 eine ständig im Westen herumgereichte Figur, ist verschwunden. Nicht in ominösen chinesischen »Straflagern«, sondern – vermutlich – von seinen Auftraggebern zurückgezogen: Denn Kong, laut Twitter-Profil ein asiatischer Mann mit dicker Sonnenbrille, heißt in Wahrheit Brian Patrick Kern, kommt aus den USA und ist mit Amnesty International verbandelt. Das, was Kern betrieb, könnte man »Yellowfacing« nennen: Ein weißer US-Amerikaner gibt sich als Chinese aus und wettert gegen die »kommunistische

Diktatur«. Einen »Liebling der westlichen Presse« nannte die Webseite - thegrayzone.com, die den Skandal aufdeckte, den Aktivisten Kern alias Kong.
Quelle: junge Welt

Anmerkung unseres Lesers G.R.: *Wenn man in Hongkong gegen China demonstriert, ist man – entsprechend der Logik unserer Mainstream-Medien – Teil der "Demokratiebewegung". Dass es sich bei deren Führern auch schon einmal um etwas "merkwürdige" Gestalten handeln könnte geschenkt. Jedenfalls haben unsere Mainstream-Medien keine Probleme damit, sich in diesem Konflikt eindeutig auf eine Seite zu schlagen. Protestiert wird aktuell auch in Bolivien und zwar gegen die Verschiebung der Wahlen durch das Putschistenregime. Von einer Aufregung in unseren Medien, wie zum Beispiel über die Ereignisse in Hongkong ist nichts zu spüren. Auf tagesschau.de findet sich am 11. August seit langem mal wieder ein Bericht aus Bolivien. Und wie anders ist doch die Sprache im Vergleich zur Berichterstattung aus Hongkong. Nein, im Fall Boliviens machen sich unsere Mainstream-Medien auf keinen Fall gemein mit den Oppositionskräften, denn die sind schließlich vorwiegend Linke. Das geht auch anders. Ich kann mich noch entsinnen, dass zu der Zeit, als gegen Morales vorgegangen wurde, auf Zeit.de ein gewisser Michael Ebmeyer schrieb, der behauptete, in Bolivien habe es keinen Putsch gegen Morales gegeben. Seitdem: Stillschweigen von Herrn Ebmeyer zu Bolivien. Stattdessen will uns dieser Herr derweil Reinhard Mey als Wegbereiter der "rechten Wutbürger" verkaufen. Eigentlich ist es dann auch kein Wunder, dass Herr Ebmeyer zusammen mit unserem amtierenden Außenminister ein bahnbrechendes Buch geschrieben hat. Mein Gott, was für ein Tausendsassa!*

12. **Keiner schaut nach Afrika**
    Gisela Schneider wirft so schnell nichts aus der Bahn. Sie hat als Ärztin in Uganda gearbeitet, zu Aids, HIV und Malaria geforscht. Aber die Folgen der Corona-Krise in Teilen Afrikas lassen ihr keine Ruhe. Auch, weil dort gerade kaum einer hinschaut. Zwei schlaflose Nächte hatte die Direktorin des Deutschen Instituts für Ärztliche Mission (Difäm) vor unserem Gespräch.
    Quelle: Kontext: Wochenzeitung
13. **Kolonialzeit-Entschädigung Namibia lehnt deutsches Angebot ab**
    Zehn Millionen Euro als Wiedergutmachung – dieses Angebot Deutschlands als Wiedergutmachung für Verbrechen in der Kolonialzeit ist für Namibias Regierung inakzeptabel. Grund ist offenbar nicht das Geld allein.
    Quelle: Tagesschau
14. **Minister fliegt von Hamburg nach Sylt: Flugschamloser Scheuer**

Bundesverkehrsminister Scheuer hat für 190 Kilometer Weg den Flieger genommen. Die Grünen fordern, dass er mit nachhaltigen Verkehrsmitteln reist.
Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hat für eine innerdeutsche Strecke von 190 Kilometern das Flugzeug genommen. Er ist am 6. Juli von Hamburg nach Sylt geflogen, um von da aus am nächsten Tag nach Niebüll zu fahren. Das bestätigte das Bundesverkehrsministerium auf eine Frage des grünen Abgeordneten Sven-Christian Kindler.
Quelle: taz

15. **Zu guter Letzt: Söder sagt wichtige Auslandsreise ins Wattenmeer ab**

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

> Fehler bei Corona-Testzentren: das ist sehr, sehr ärgerlich. Das muss sofort behoben werden und darf nicht mehr passieren. Alle Strukturen sind umgehend zu überprüfen. Leider muss ich daher den Besuch an der Nordsee absagen. Bayern geht vor.
>
> — Markus Söder (@Markus_Soeder) August 12, 2020

Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen

Anmerkung André Tautenhahn: *Oder anders ausgedrückt: „Nur wer Krisen meistert, kann auch bei der Kür glänzen.“*